

"Die Sistierung der Wohnbauförderung ist inakzeptabel" : Interview mit SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen

Autor(en): **Kiener Nellen, Margret / Omoregie, Rebecca**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **80 (2005)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-107418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Interview mit SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen

«Die Sistierung der Wohnbauförderung ist inakzeptabel»



Wohnen: Sie sind Gemeindepräsidentin von Bolligen BE und Nationalrätin, amtieren ausserdem als Präsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands Kanton Bern und engagieren sich im Vorstand des Schweizerischen Mieterverbands. Daneben führen Sie ein eigenes Anwaltsbüro und sind Mutter von zwei Söhnen. Wie bringen Sie dies alles unter einen Hut?

Margret Kiener Nellen: Einiges muss ich da relativieren. Seit meiner Wahl in den Nationalrat und seit das Gemeindepräsidium in Bolligen vom Nebenamt zum Halbamt wurde, habe ich mich aus der aktiven Praxis als Anwältin zurückgezogen, bleibe jedoch Inhaberin des Advokaturbüros, das ich aufgebaut habe. Und meine Söhne sind mittlerweile 20- und 18-jährig.

Wie hoch ist denn die zeitliche Belastung Ihrer verschiedenen Ämter?

Das Gemeindepräsidium kommt wie gesagt einer 50-Prozent-Stelle gleich. Im Nationalrat bin ich natürlich sehr unterschiedlich gefordert. Während der Sessionen bin ich jeweils

Margret Kiener Nellen* setzt sich dafür ein, dass alle Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum finden. Chancengleichheit und Gerechtigkeit sind ihr seit der frühen Kindheit ein Anliegen. Für sie persönlich war es immer eine Selbstverständlichkeit, als Familienfrau, Anwältin und Politikerin auf kommunalem, kantonalem und nationalem Parkett ihren Platz zu behaupten. Auch wenn dies manchmal einem «Tanz auf dem Seil» gleichkam.

drei Wochen lang voll präsent. Dazu kommt die Arbeit in der Finanzkommission, die Vorbereitung meiner eigenen Vorstösse sowie die Vertretung von Abstimmungsvorlagen auf Podien. Alles in allem ist dies sicher nochmals ein 40-Prozent-Pensum.

Nicht wenig neben Beruf und Familienpflichten. Sie sind ja in die Politik eingestiegen und haben sich beruflich selbständig gemacht, als Ihre Kinder noch sehr klein waren.

Ich war, wie es in den meisten Ländern normal ist, immer berufstätig. Als ich mit dem zweiten Sohn hochschwanger war, habe ich in Genf mein Anwaltspatent gemacht. Kurz vor der Geburt habe ich dann meine eigene Kanzlei gegründet.

Wie ging das?

Es ist eine Frage der Organisation. Als berufstätige Mutter lernt frau, effizient zu sein, klare Entscheide und Prioritäten zu setzen. Ich hatte aber auch das Glück, dass beide Grossmütter in der Nähe waren und jeweils einen Tag pro Woche die Kinder betreuten. Ausserdem war mein Mann, wenn er nicht gerade im Ausland war, jeweils an Abenden und Wochenenden sehr präsent, sodass ich frei war für Sitzungen und Anlässe. Aber ich muss sagen, mit unserem Schulsystem ist es ein Tanz auf dem Seil ohne Netz. Auf einem Seil, das manchmal auch reisst. Vor allem solange wir nicht überall Tagesschulen haben.

Was hat Sie motiviert, sich politisch zu engagieren?

Gerade kürzlich habe ich ein altes Schulheft von mir gefunden. Damals, mit 13, habe ich geschrieben: «Sobald das Frauenstimmrecht im Kanton Bern in Kraft treten wird, werde ich eine mehr oder weniger politische Laufbahn einschlagen.»

Schon in diesem Alter war es für Sie also klar, dass Sie in die Politik einsteigen möchten?

Sogar schon früher. Ich erinnere mich noch sehr genau an drei Erlebnisse aus meiner frühen Kindheit, die mich stark geprägt haben. Das eine war 1959 die Ablehnung des Frauenstimmrechts in der Schweiz, was ich – als Sechsjährige – als absolute Ungerechtigkeit empfand. Drei Jahre später erlebte ich, wie meine Schwester von einer Krankenpflegeschule in Bern abgewiesen wurde, mit der Begründung, «man nehme nur Töchter aus gutem Hause». Da wusste ich: Wir leben in einer Klassengesellschaft. Ausserdem verstand ich nicht, weshalb damals die italienischen Gastarbeiter in der Landwirtschaft für dieselbe Arbeit weniger Lohn erhielten als die Schweizer «Melcher» oder «Karrer». Chancengleichheit, gleiche Rechte für alle – diese Fragen bewegen mich seither.

Wofür setzen Sie sich politisch hauptsächlich ein?

Ein wichtiges Thema sind die Steuern. Es braucht eine Wende nach der neoliberalen Steuerpolitik der letzten zwanzig Jahre. Ich kämpfe dafür, dass Schlupflöcher geschlossen werden und dass die Steuerbelastung in der Schweiz harmonisiert wird. Ich engagiere mich in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wo mir etwas dubios erscheint, halte ich den Finger drauf. Zum Beispiel wenn die Schweizer Armee im Schnellschussverfahren ohne sorgfältige Evaluation für 310 Millionen Franken Transporthelikopter beschaffen will. Wichtige Anliegen sind mir auch Solidarität und Ökologie – dass wir Sorge tragen zur Schöpfung. Und als Vertreterin der Mieterinnen und Mieter sind natürlich Bodenpolitik, Wohnen und Mieten zentrale Themen für mich. ▶

Sie sind als Politikerin sowohl auf Gemeindeebene als auch kantonale sowie national tätig. Was sehen Sie darin für Vorteile?

In der föderalistisch aufgebauten Schweiz ist es natürlich ein Riesenvorteil, alle drei Ebenen zu kennen. Ergeben hat sich das eigentlich wie von selbst. Früher war ich international tätig. Als Juristin der Internationalen Juristenkommission arbeitete ich drei Jahre in Südostasien, unter anderem an der Einführung der Sozialklausel zwischen Migros und Del Monte für verbesserte Arbeitsbedingungen. Es war vor allem durch die Kinder, dass ich mich nach der Rückkehr in die Schweiz vermehrt dafür interessierte, was im näheren Umfeld passiert: Verkehrsfragen, Ökologie, familienfreundliche Tagesstrukturen. So begann ich mich in der Gemeinde politisch zu engagieren. Das nationale Interesse kam später dazu.

Was reizt Sie an diesen verschiedenen Ämtern? Ich nehme an, auf Gemeindeebene können Sie mehr bewirken, als Präsidentin haben Sie ja «die Zügel in der Hand»?

(Lacht) Nun, natürlich nicht ganz. Aber ja, ich leite den Gemeinderat und stehe der Gemeindeverwaltung politisch vor. Das gefällt mir, ich fälle gerne Entscheide, mir macht es Spass, zu führen, zu organisieren und zu planen. Als Gemeindepräsidentin kann ich auch Pionierarbeit leisten, so haben wir zum Beispiel eine Tagesschule eingeführt und erstmals ein Leitbild für unsere Gemeinde erarbeitet. Der Nationalrat ist natürlich eine ganz andere Herausforderung. Hier kann ich das Spezialwissen in meinen Themen sowie meine Sprachkenntnisse einbringen.

Sie haben es angesprochen: Eines Ihrer Themen ist auch der Wohnungsbau. Sie plädieren für eine «vernünftige Wohnbaupolitik». Was verstehen Sie darunter?

Eine vernünftige Wohnbaupolitik muss gewährleisten, dass alle Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum finden. Der Markt kann dies nicht sicherstellen, er baut zu teuer und zu viel Eigentum. Wenn die öffentliche Hand aussteigt, wird im preisgünstigen Segment nicht mehr gebaut. Deshalb setze ich mich ein für eine Revitalisierung der öffentlichen Wohnbauförderung.

Sie haben die Initiative «Günstig wohnen» eingereicht. Was beinhaltet diese?

Wir verlangen eine Wiederaufnahme der Wohnbauförderung im Kanton Bern. Diese wurde seit Mitte der 90er-Jahre sukzessive abgebaut und ist mittlerweile bei Null. 2003 hat der Grosse Rat im Zuge der vielen Sparpakete das Gesetz aufgehoben.

Was verlangen Sie genau?

Wir wollen endlich wieder genügend günstige Wohnungen für kleine und mittlere Einkommen.

Die Initiative ist bewusst als einfache Anregung formuliert: Der Kanton soll die nötigen Rechtsgrundlagen und Instrumente für die aktive und gezielte Umsetzung der Kantonsverfassung schaffen. Diese sieht die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sowie die Verbesserung ungenügender Wohnverhältnisse vor.

Wie soll der preisgünstige Wohnungsbau konkret gefördert werden? Denken Sie an Subjekt- oder Objekthilfe?

Ganz klar an Objekthilfe, und zwar insbesondere für gemeinnützige Wohnbauträger, vorab die Wohnbaugenossenschaften, und öffentliche Institutionen. Das sind zum Beispiel Einwohner-, Bürger- oder Kirchgemeinden. Diesen Bauträgern und Institutionen soll der Kanton Bürgschaften oder Darlehen gewähren. Unterstützt werden sollen aber nicht nur Neubauten, sondern auch sanfte Erneuerungsvorhaben. Ein gutes Beispiel ist die Arbeitersiedlung Murifeld aus den 30er-Jahren. Diese hat die Stadt Bern behutsam saniert und mit Balkonanbauten und modernem Komfort versehen. Dank Fördergeldern von Bund, Kanton und Stadt kostet eine sanierte Viereinhalbzimmerwohnung noch immer um 1000 Franken.

Ist der Ruf nach kantonaler Wohnbauförderung auch ein Zeichen der Resignation, weil die Bundesgelder sistiert wurden?

Nein. Die Sistierung der Rahmenkredite auf Bundesebene ist für mich absolut inakzeptabel und verfassungswidrig. Die Wohnbauförderung ist in der Bundesverfassung verankert, und das Volk hat dieser mit grosser Mehrheit zugestimmt. Wenn die rechten Parteien die Wohnbauförderung abschaffen wollen, dann müssen sie eine entsprechende Verfassungsänderung beantragen – wie dies eine Parlamentarische Initiative der FDP fordert. Paradoxerweise nimmt diese allerdings die Wohneigentumsförderung explizit aus. Mit dem Entlastungsprogramm 2003 sind die Kredite zur Wohnbauförderung sistiert worden. Dagegen habe ich im Dezember 2004 eine Parlamentarische Initiative eingereicht, die demnächst in den Nationalrat kommt.

Also soll auf allen drei Ebenen gefördert werden?

Ja, denn keine der drei Instanzen – Bund, Kanton oder Gemeinden – hat allein die Mittel, die Wohnbauförderung im nötigen Ausmass zu gewährleisten. Der Staat schneidet sich ja ins eigene Fleisch, wenn er die Mietzinse zunehmend über die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen mitfinanziert, statt günstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

In der Stadt und der Agglomeration Bern herrscht Wohnungsnot, mit einer Leerwo-

nungsziffer von 0,2 bis 0,5 Prozent. Weshalb wird nicht mehr gebaut?

Ein Grund ist sicher, dass die kantonale Unterstützung sukzessive weggefallen ist. Die Stadt Bern hat zwar einen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Doch hat dieser in letzter Zeit vor allem Liegenschaften abgestossen. Mittlerweile, mit Alexander Tschäppät als Stadtpräsidenten, ist einiges in Bewegung, darunter auch Projekte mit mehreren hundert Wohnungen. Ein anderes Problem ist allerdings die Bodenknappheit: Die Region Bern hat zu wenig Bauland, da braucht es unbedingt Ein- und Aufzonungen. Auch in meiner Gemeinde. Noch 1992 wurden im Kanton Bern aufgrund eines SVP-Vorstosses Planungszonen zu Landwirtschaftszonen zurückgestuft, obwohl man schon wissen musste, dass es nicht noch mehr Agrarland braucht. Das war ein haarsträubender Planungsfehler, das wären heute attraktive Wohnquartiere. Wir sind jetzt daran, solche «Sünden» rückgängig zu machen.

Welche wichtigen Themen stehen nächstes Jahr an?

Ein bedeutendes Geschäft auf nationaler Ebene ist die Mietrechtsrevision. Die Mieten müssen endlich von den variablen Hypozinsen entkoppelt werden. Ich bin zum Beispiel eine grosse Anhängerin der Kostenmiete. Der Mietzins muss auf den effektiven Kosten und einer kontrollierbaren Rendite beruhen. Auch bei Geschäftsliegenschaften muss etwas geschehen. Trotz grossem Leerstand sind hier die Mieten deutlich höher als im Ausland. Ich bin dafür, die Mietzinse einzufrieren oder staatlich zu kontrollieren. Dieser ständige Anstieg muss endlich einmal aufgehalten werden. Zudem werden wir neue Steuerbesen. **INTERVIEW: REBECCA OMOREGIE**

**Margret Kiener Nellen (52) ist Gemeindepräsidentin ihrer Heimatgemeinde Bolligen, SP-Nationalrätin und Präsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands Kanton Bern. Bis zu ihrer Wahl in den Nationalrat 2003 war sie ausserdem Grossrätin im Kanton Bern. Die diplomierte Übersetzerin und Anwältin betreibt seit 1987 ein eigenes Anwaltsbüro in Habstetten. In Zusammenarbeit mit dem Mieterinnen- und Mieterverband und der SVW-Sektion Bern-Solothurn lancierte sie die Initiative «Günstig wohnen», die eine Wiederaufnahme der kantonalen Wohnbauförderung verlangt. Margret Kiener Nellen ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen.*